



Berliner Internet-Café „Hai Täck“
Rechtlich unübersichtliches Terrain

INTERNET

Jagdfieber im Osten

Im World Wide Web kursiert eine Liste der früheren hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter. Datenschützer können die Veröffentlichung nicht mehr stoppen.

Der Rat der Truppe, die sich „Team vom Zentralregister“ nennt, ist lakonisch: „Setzen Sie sich mit einem Anwalt in Verbindung“, empfehlen die anonymen Autoren im Internet allen ehemaligen Stasi-Mitarbeitern.

Der Tipp macht Sinn, denn seit das Team im Januar 100 000 Namen von ehemaligen hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern samt Personenkennzahl – aus der das Geburtsdatum hervorgeht – ins Internet gestellt hat, ist es mit dem ruhigen Leben der Ex-Geheimen vorbei: Manch einer muss um seinen Ruf und seinen Job bangen.

„Hat jemand Infos über einen gewissen Herrn Mingram?“, fragt etwa ein „Harald“ auf dem Schwarzen Brett, das Bestandteil der Internet-Seiten der Gauck-Behörde ist. Die Antwort sendet prompt ein „ich“: „Ein Mingram steht in der Liste!“ Auch ein „BAT“ kam dank der Listen weiter. Einer seiner Filialleiter sei nun als Stasi-Mitarbeiter „einwandfrei identifiziert“.

Zehn Jahre nach der Wende greift – rechtlich kaum zu bremsen – im Osten der Republik das Jagdfieber wieder um sich. Wer glaubte, die Deutschen hätten das In-



Gauck

teresse an der Stasi verloren, wird seit vier Wochen eines Besseren belehrt.

Über fünf Millionen Mal sollen die Listen, die bislang nur Historiker oder Journalisten auf Antrag in der Gauck-Behörde einsehen konnten, angeklickt worden sein. Wer auch immer seinen verdächtigen Chef loswerden will, kann nun die Tabellen nach Namen, Geburtsdaten, Stasi-Abteilung und Jahresgehalt durchstöbern. Zeitweise führte der Ansturm zum Ausfall des Servers.

Wer hinter der Attacke auf die ehemaligen Berufsschnüffler steckt, ist bislang nicht ganz klar. Als Betreiber der Seite mit der absurden Internet-Adresse www.nierenpende.de ist bei der deutschen Registrierstelle für Internet-Adressen ein Manfred Willi Lerch angegeben, der sich selbst

Woche den Zugang zur Seite auf Rat eines Anwalts endgültig gesperrt.

Doch das kann die Liste nicht mehr aus der Welt bringen. Als im Januar der Zugriff auf „nierenpende.de“ erstmals vorläufig gesperrt worden war, geisterten bereits massenhaft Kopien durch das World Wide Web. „Stehen die Seiten einmal drin, dann ist es aus“, hat die Sprecherin des Berliner Datenschutzbeauftragten, Claudia Schmid, erkannt. Inzwischen kann jeder auf den Internet-Seiten der Gauck-Behörde Hinweise auf ausländische Server finden, auf denen die Listen nach wie vor zum Herunterladen bereitliegen. „Unser Schwarzes Brett ist eine offene Plattform“, sagt Gauck-Sprecher Johann Legner. Um die Glaubwürdigkeit zu erhalten,



Stasi-Seite im World Wide Web: „Setzen Sie sich mit einem Anwalt in Verbindung“

als freier Internet-Journalist bezeichnet und nur via Postfach-Adresse und Handy erreichbar ist. Hinter ihm stehe, behauptet Lerch, eine Gruppe „junger Leute“, die DDR-Geschichte aufklären wolle. Der bisherige Umgang mit der Stasi verdiene das Wort Aufarbeitung nicht, daher sei jetzt „Aufklärung angesagt“.

Rechtlich bewegen sich die Internet-Aktivistinnen auf unübersichtlichem Terrain. Berliner Datenschützer mussten zunächst per Gutachten klären, ob gegen die Betreiber juristisch vorgegangen werden kann: Es war unklar, ob die Listen der geschäftsmäßigen Datenverarbeitung dienen. Inzwischen sieht die Berliner Behörde dies als erwiesen an. Damit greife nun das Bundesdatenschutzgesetz, das Geldstrafen oder Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr bei unbefugtem Übermitteln oder Beschaffen von geschützten personenbezogenen Daten vorsieht.

Jetzt ermittelt die Berliner Staatsanwaltschaft gegen Lerch und den technischen Administrator der Seite, den Betreiber des Berliner Internet-Cafés „Hai Täck“. Der Provider hat Mitte vergangener

sei von einer Zensur Abstand genommen worden.

Zumindest der Ursprung der Daten scheint gesichert. Im Sommer 1990 gelangten Mitarbeiter des Sonderausschusses zur Stasi-Auflösung an geheime Daten über die hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter. Bis die Gauck-Behörde die Daten unter Verschluss nahm, kursierten sie unter Insidern.

1991 veröffentlichte die alternative Wochenzeitung „die andere“ erstmals Auszüge der Listen. „Das führt zu Mord und Totschlag“, warnte damals der ostdeutsche Schriftsteller Christoph Hein – eine Befürchtung, die sich nicht erfüllte. Das Landgericht Berlin verurteilte die Zeitung 1992 wegen „übler Nachrede“, eine abschließende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht aus.

Die Internet-Aufklärer von heute geben sich trotzig-gelassen. Ihren Kritikern haben sie auf ihrer Website einen Satz des Pazifisten Carl von Ossietzky gewidmet: „In Deutschland gilt derjenige als viel gefährlicher, der auf den Schmutz hinweist, als der, der ihn gemacht hat.“

STEFFEN WINTER